

Rede 1. Mai 2010

Wir leben in einem kranken System.

Seit Wochen prügelt die internationale Finanzwelt auf Griechenland ein. Den Takt dafür geben die Ratingfirmen vor. Jene Ratingagenturen, die vor der grossen Finanzkrise die toxischen Papiere – hochspekulative Finanzprodukte - aller Welt für viel Geld angedreht hatten. Ratingunternehmen, die als Komplizen der Investmentbanken das Weltfinanzsystem beinahe in Grund und Boden gefahren hätten. Damals jubelten sie Schrottpapiere zu Gold hoch. Und jetzt erklären sie Staatspapiere zu Schrott. In beiden Fällen mit gewaltigen Folgen für die betroffenen Bevölkerungen.

Den Griechen, den Spaniern, den Portugiesen, und damit auch allen anderen soll klar gemacht werden, wer die Folgen der Finanzkrise zu tragen hat, wenn es nach Vorstellungen der Finanzwelt geht: Es sind nicht die Banker und die Banken, die uns das Ganze eingebrockt haben. Es sind die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer, es sind die Rentnerinnen und Rentner, es ist die Bevölkerung, die vom Lohn und der Rente lebt und leben muss. – So lautet das neue Diktat der Finanzmärkte. Der Zynismus ist grenzenlos.

Um zu verstehen, was hier abgeht, müssen wir zwei Schritte zurücktreten. Erst anderthalb Jahre ist es her, seit das Bankensystem mit gigantischen und bis dahin unvorstellbaren Staatsinterventionen gerettet werden musste. 20'000 Milliarden waren es weltweit: 20'000 Milliarden. Ein Fünftel der gesamten Weltwirtschaftsleistung. Diese unvorstellbare Summe wurde dafür eingesetzt, das weltweite Finanzsystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren. In der Schweiz waren die 68 Milliarden Franken, die zur Rettung der UBS eingesetzt wurden, die grösste Staatsausgabe aller Zeiten. Mehr als der ganze Bundeshaushalt für ein Jahr. Und alles wurde an der Demokratie vorbei beschlossen, wie im Krieg.

Und was geschieht jetzt? Die Banken schreiben wieder Gewinne wie vor der Krise, und sie tragen noch dicker auf als vorher. 20% Eigenkapitalrendite lautet die Vorgabe von CS und UBS. Wie ist es heute möglich, 20% Rendite zu erzielen? Mit realen Geschäften etwa? Die Nationalbanken geben den Banken das Geld zum Nulltarif. Das Zinsniveau für Anlagen ist tief, was alle wissen, die ein Konto auf der Bank haben. Die neuen Gewinne der Banken sind nur mit spekulativen Operationen möglich. Mit jenen spekulativen Hochrisikogeschäften im Investmentbanking, die für die Finanzkrise verantwortlich waren. Diese Hochrisikopolitik, und die Gewinne, die jetzt eingefahren werden, beruhen darauf, dass die Staaten, und damit die Steuerzahler, dafür geradestehen, wenn es schief geht. Nach dem bekannten Motto: Die Profite privat, die Risiken dem Staat.

Und die Boni-Jaeger an der Spitze der Finanzkonzerne kassieren noch hemmungsloser ab, als vor der Finanzkrise. Jeder normale Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin - sie machen ihren Job, weil sie ihren Lohn erhalten, dass sie ihre Arbeit anständig erledigen. Alle diese Regeln gelten für die Leute an der Spitze der Konzerne, für die Chefetage, nicht. Sie

kassieren ab, in den eigenen Sack, hemmungslos, ohne Rücksicht auf die Verluste, die sie selber verursacht haben.

Bertolt Brecht prägte in der Dreigroschenoper den berühmten Satz: „Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“.

Die heutige Realität hat die Dreigroschenoper weit überholt. Heute gilt: „Was ist ein Bankräuber gegen den CEO einer Bank? - Was ist die Beute aus einem Raub gegen ein Bonusprogramm?“.

Wir haben genug von diesen Gangstereien, diesem Banditentum. Von dieser neuen asozialen Klasse. Das sind in Wirklichkeit die Asozialen: die Kaste von Bankern, die mit dem Volksvermögen zocken. Es sind die Manager, die sich die Vermögen, für die sie sorgen müssten, gleich selbst zuschachern. Und den übrigen Mitgliedern unserer Gesellschaft Sozialabbau und Sparprogramme verordnen.

Wenn es nach den Vorstellungen dieser Leute geht, soll die Bevölkerung für die Finanzkrise nicht nur einmal, sondern gleich zweimal bezahlen. Zuerst mit Steuergeldern dafür, dass die Staaten die Banken gerettet haben. Und jetzt dafür, dass die Banken und ihre Manager wieder Gewinne machen können wie nie zuvor.

Dieses System ist korrupt. Dieses System ist moralisch kaputt.

Die schweizerische Variante dieses asozialen Programms ist die Weigerung der bürgerlichen Parteien, von Bundesrat und Parlament, endlich wirksame Massnahmen gegen diese Missbräuche zu treffen. Und es ist der geballte Angriff auf den Sozialstaat, den wir derzeit erleben und der alles in den Schatten stellt, was es in der Schweiz bisher gab. Nicht nur bei den Pensionskassen, sondern auch bei der Arbeitslosenversicherung. Ausgerechnet die Opfer der Finanzkrise, die Arbeitslosen, und alle, die es noch werden könnten, die Jungen und die Älteren, sollen mit dem Abbau der Leistungen für die Arbeitslosigkeit büssen, welche durch die Missbräuche im Finanzsektor verursacht worden sind.

Bei der AHV sollen Frauen mit 64 Jahren auf den Arbeitsmarkt gezwungen werden, verbunden mit Verschlechterungen beim Teuerungsausgleich bei den Renten. Das gleiche bei der Unfallversicherung. Sie ist zusammen mit der AHV die bestfinanzierte aller Sozialversicherungen, schreibt schwarze Zahlen. Doch die bürgerlichen Parteien wollen die Leistungen herunterfahren, nur damit die Versicherungskonzerne neue Geschäfte machen können.

Und jetzt soll auch noch die Krankenversicherung massiv verschlechtert werden. Mit der Verdoppelung des Selbstbehalts von 10% auf 20% für diejenigen, die nicht auf die freie Arztwahl verzichten wollen, und dies zusätzlich zu den hohen Krankenkassenprämien, zusätzlich zur Franchise. Kommt dieser Plan durch, die Verdoppelung des Selbstbehalts, die

Abschaffung des Rechts auf freie Arztwahl, dann zerstört dies die Errungenschaften der sozialen Krankenversicherung.

Wir lassen uns diese Abbruchpolitik bei den Sozialversicherungen nicht gefallen. Am 7. März haben wir den Rentenklau bei den Pensionskassen versenkt, der millionenschweren Kampagne der Wirtschaft und der Bürgerlichen zum Trotz. Und genau so müssen wir den Sozialabbau bei den anderen Sozialversicherungen stoppen, bis die Herrschaften in Bern begreifen, dass es mit dieser Politik gegen die Bevölkerung nicht weitergehen kann.

Und lassen wir uns von jenen Medien nicht verwirren, die wortreich genau diesen Sozialabbau propagieren und uns als ständige Blockierer und Nein-Sager abstempeln. Und die der SP - wie jetzt auch den Grünen – seit nun bald 10 Jahren einreden wollen, sie müssten sich politisch von den Gewerkschaften entfernen.

Es gibt eine positive Kraft des Nein-Sagens. Die produktive Kraft des Neins. Das Nein zum Sozialabbau ist das Ja zu den Errungenschaften des Sozialstaats. Das Ja zum sozialen Ausgleich, dafür, dass auch die breite Bevölkerung an den wirtschaftlichen Errungenschaften teil hat.

Aber dafür, dass sich die Dinge wieder in die richtige Richtung ändern, braucht es mehr als das Nein zum Falschen. Anstelle der ständigen Bereicherung der Reichen müssen wieder positive Reformen im Interesse aller her.

Zum Beispiel mit der Mindestlohninitiative der Gewerkschaften. Ein Stundenlohn von mindestens 22 Franken, Monatslöhne von mindestens 4'000 Franken und die Stärkung der Gesamtarbeitsverträge sind die stärkste und wirksamste Antwort auf die Explosion an der Spitze der Lohnpyramide. Die Mindestlöhne sind ein Reformprogramm, das sich für die ganze Gesellschaft positiv auswirken wird. Und für den sozialen Ausgleich, wie auch für die Wertschätzung der Arbeitenden. Wer arbeitet, muss vom Lohn anständig leben können.

Und es braucht neue Steuern für die Banken, Steuern zur Abschöpfung der Boni und der Extraprofite. Denn wem sind diese Boni, diese Profite im Finanzsektor zu verdanken? Nichts anderem als den gigantischen staatlichen Rettungs- und Stützungsprogrammen. Diese Extraprofite müssen abgeschöpft werden. Dafür braucht es aber mehr als Zuckerwasser und Lippenbekenntnisse aus dem Bundeshaus.

Geld gibt es in einem reichen Land wie der Schweiz genug. Man muss es nur bei den Richtigen abschöpfen und umverteilen.

Die dafür nötigen politischen Veränderungen stellen sich jedoch nicht von selber ein. Krisenzeiten führen nicht automatisch nach links. Erinnern wir uns an die verheerende

Rechtsentwicklung im Europa der 30er Jahre. Amerika ging damals, zum Glück für die Welt, nach links. Heute gibt es, gerade in Europa, wieder einen militanten Rassismus, eine verheerende Hetze auf Minderheiten, die von der Verunsicherung und der Frustration vieler Menschen lebt und die uns in neue Abgründe führen könnte.

Die schweizerische Variante davon ist auch deshalb besonders gefährlich, weil sie von einem Milliardär geführt wird, der über unbegrenzte Geldmittel verfügt.

Die sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und die linken Parteien stehen für eine andere Entwicklung als jene, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, und die die Weltwirtschaft beinahe in den Kollaps geführt hätte. Das Ziel ist eine gerechtere Welt, mit positiven Perspektiven für alle und nicht nur für wenige.

Politische Ideen sind nicht harmlos. Politische Vorstellungen zählen. Im Negativen wie im Positiven. Welche Auswirkungen der Neoliberalismus hatte, haben wir jetzt erlebt: die schamlose Bereicherung der Reichen, die Zerstörung der sozialen Errungenschaften, die Leitideen des totalen Marktes, des Kampfs von jedem gegen jede.

Jetzt ist es Zeit für eine politische Wende. Eine Wende zu mehr Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit. Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind kein Gegensatz. Denn für den Grossteil der Menschen sorgt erst die soziale Gerechtigkeit - verkörpert im Sozialstaat - für Freiheit.

Sorgen wir für diese politische Wende! Schluss mit diesem moralisch kaputten und wirtschaftlich kranken System! Es lebe der 1. Mai!

Paul Rechsteiner